

- 1 Leitantrag des Landesvorstandes  
2 zum 25. Mecklenburg-Vorpommern-Tag der Jungen Union

3 **Wahlprogramm der Jungen Union**  
4 **zur Landtagswahl am 4. September 2016**

5 **Zehn Zukunftsideen für Mecklenburg-Vorpommern** [Wahlprogramm: Teil I]

- 6 1. Nachdem die Kommunen belastende Reformen und schwere Struktureinschnitte  
7 hinnehmen mussten, sind nun konsequenterweise auch **Strukturanpassungen**  
8 **der Landesregierung** angezeigt. Dazu ist ein erfolgreicher **Bürokratieabbau**  
9 durch ein Aufbrechen allzu vergangenheitsorientierter Verwaltungsstrukturen etwa  
10 durch eine zukunftsorientierte **Neuausrichtung und Reduzierung der Anzahl**  
11 **der Ministerien** von bisher acht auf fortan nur noch sechs Ministerien nötig. Ein-  
12 gesparte Mittel sollen der **kommunalen Selbstverwaltung** zugutekommen.
- 13 2. Ländliche Entwicklungsräume dürfen durch die Landesregierung nicht aufgegeben  
14 werden, da eine allzu einseitige Zentrenpolitik den Charakter unserer Heimat zu  
15 beschädigen droht. Um diesen Räumen eine Anschlussperspektive aufzuzeigen,  
16 muss ein **Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume** aufgelegt werden, der  
17 dazu imstande ist, strukturbedingte regionale Herausforderungen zu bewältigen.  
18 Um das Ziel der Heimatförderung und der Stärkung ländlicher Räume zu instituti-  
19 onalisieren, soll das Innenministerium künftig auch **Heimatministerium** sein. Zur  
20 Berücksichtigung insbesondere auch vorpommerscher Interessen soll diesem Mi-  
21 nisterium ein **Staatssekretär für die Entwicklung ländlicher Räume und für**  
22 **Vorpommernfragen** zugeordnet werden. Dieser Staatssekretär soll einen ständi-  
23 gen auswärtigen Dienstsitz zum Beispiel in Anklam beziehen.
- 24 3. Eine erfolgreiche **Digitalisierung** ist nicht nur eine wichtige Zukunftsaufgabe, son-  
25 dern auch eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit  
26 insbesondere ländlicher Räume. Zur Bewältigung dieser großen Herausforderung  
27 erscheint der Versuch der Erarbeitung einer künstlichen digitalen Agenda für das  
28 gesamte Bundesland allerdings als wenig zielführend. Stattdessen müssen unter-  
29 schiedliche regionale Bedürfnisse berücksichtigt und verschiedene Kompetenzbe-  
30 reiche miteinander abgestimmt werden. Um dies zu ermöglichen, soll der nötige  
31 Sachverstand im Wirtschaftsministerium gebündelt werden, dessen Aufgabenfeld  
32 fortan auch als **Ministerium für Digitale Agenda** auszugestalten ist. Dabei soll  
33 künftig ein **Digitalisierungsstaatssekretär** als „Internetlotse“ fungieren, indem  
34 er den Breitbandausbau und die Digitalisierung mit den relevanten Beteiligten –  
35 insbesondere mit den Kommunen, dem Bund und regionalen Wirtschaftsakteuren  
36 – bedarfsorientiert koordiniert und einen umsetzbaren **Maßnahmenkatalog für**  
37 **die Digitale Agenda** erarbeitet, aus dem sich etwa erschließt, ob in einer etwaigen  
38 Region zum Beispiel ein Glasfaserausbau oder ein LTE-Ausbau sinnhafter ist.
- 39 4. Das wichtigste Zukunftsthema der Automobilindustrie mit gesamtgesellschaftlicher  
40 Relevanz ist das selbstfahrende Kraftfahrzeug. Dieser Umstand soll für Mecklen-  
41 burg-Vorpommern dahingehend nutzbar gemacht werden, dass die **Autobahn 20**  
42 eine **Modellregion für autonomes Fahren** mit bundesweiter Bedeutung wird.  
43 Entsprechende **Verbundforschungsprojekte** an den Hochschulen des Landes  
44 sollen dazu besonders konsequent gefördert werden.

- 45 5. Eine funktionierende und hochwertige Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges  
46 Kriterium für zufriedenstellende Lebensqualität. Um diese zu garantieren soll ein  
47 **Maßnahmenpaket zur Gesundheitsversorgungssicherung ländlicher Räume**  
48 auf den Weg gebracht werden, das unter anderem eine landesweite Auslobung  
49 von **Landarztstipendien** vorsieht. Zudem soll **Krankenhäusern in Mittelzentren**  
50 für die Bewältigung der Aufgaben der Grund- und Regelversorgung dadurch stete  
51 Planungssicherheit ermöglichen werden, dass ein **Krankenhausstabilisierungsfonds**  
52 eingerichtet wird, der eine Krankenhausmindestversorgung im ländlichen  
53 Raum auch in Notlagen in Abhängigkeit von transparenten Kriterien absichert.
- 54 6. Die Heimatliebe der Mecklenburger und Vorpommern kann dahingehend gegen  
55 Abwanderung fruchtbar gemacht werden, dass **Landeskinderklauseln** als eine  
56 Maßnahme zur **Fachkräftesicherung** eingeführt werden. So sollen Landeskinder  
57 mit Blick auf deren höhere Bleibewahrscheinlichkeit etwa bei der **Vergabe von**  
58 **Studien- und Referendarplätzen** im Rahmen des rechtlich Zulässigen gegenüber  
59 anderen Bewerbern bevorzugt behandelt werden.
- 60 7. Eine wichtige Maßnahme zur Stärkung des **Tourismus im Binnenland** und zur  
61 gleichzeitigen Erhöhung von **Mobilität** ist ein konsequenterer flächendeckender  
62 **Ausbau von Radwegen**. Eine weitere Maßnahme zur Erreichung dieser beiden  
63 Ziele ist die Etablierung eines flächendeckenden flexiblen Fahrradverleihsystems  
64 im ganzen Bundesland etwa unter der Marke „**Mecklenburg-Vorpommern-Rad**“.
- 65 8. Um die Mobilität von Jugendlichen im ländlichem Raum zu erhöhen, soll fortan  
66 **Begleitendes Fahren für Sechzehnjährige** ermöglicht werden. So kann insbe-  
67 sondere Mobilitätsproblemen von minderjährigen Auszubildenden im ländlichen  
68 Raum abgeholfen werden, was einer Bekämpfung der **Fachkräfteabwanderung**  
69 zugutekommt. Den Jugendlichen ist so viel Verantwortung zuzutrauen, dass sie  
70 einen vorbestimmten Arbeitsweg allein sowie abweichende Strecken in Begleitung  
71 nach Ablegung der nötigen Prüfungen auch schon im Alter von sechzehn Jahren  
72 mit dem Auto zurücklegen können.
- 73 9. **Innere Sicherheit** ist nicht nur eine rechtsstaatliche Notwendigkeit, sondern auch  
74 ein wichtiger Faktor für Lebensqualität. Deshalb darf es die Landesregierung mit  
75 einem Stopp des Personalabbaus bei der Polizei nicht bewenden lassen, sondern  
76 muss perspektivische wieder mehr **Neueinstellung von Polizisten** vornehmen,  
77 um in den Kommunen vor Ort wieder ein **deutlich wahrnehmbare Polizeipräsenz**  
78 zu ermöglichen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf der Herausforderung  
79 der **Grenzkriminalität** liegen. Ein Unsicherheitsgefühl der Bürger lässt sich nicht  
80 durch einen Verweis auf Statistiken wegwischen.
- 81 10. Alle vorentfalteten Zukunftsideen orientieren sich ebenso an dem **Leitstern einer**  
82 **soliden und generationengerechten Haushaltspolitik** wie das im Anschluss fol-  
83 gende Programm. Stets zu fordern ist daher eine konsequente Einhaltung der Vor-  
84 gaben der Schuldenbremse, wohingegen zukunftsfeindliches und ausschließlich  
85 gegenwartsorientiertes Haushaltsgebaren abzulehnen ist. Eine fortschreitende  
86 **Sanierung des Landeshaushalts auf Kosten der kommunalen Familie** muss  
87 ebenso **indiskutabel** sein. Allerdings gilt die Notwendigkeit von Haushaltsdisziplin  
88 natürlich auch für Kommunen. Diese kann mit **kommunalen Schuldenbremsen**  
89 gesichert werden, bei deren Einhaltung das Land die Kommunen um der künftigen  
90 Generationen willen unterstützten kann.

## 91 **Unser Programm: Heimat gestalten** [Wahlprogramm: Teil II]

92 Die vorentfalteten Zukunftsideen sind einzelne Bausteine des noch als zukunftsfest zu  
 93 errichtenden Mecklenburg-Vorpommerns, die noch um weitere Elemente zu ergänzen  
 94 sind. Dabei kristallisieren sich folgende Schwerpunkte als Zukunftsherausforderung  
 95 heraus:

- |     |   |              |
|-----|---|--------------|
| 96  | ➤ [A.] Heimat mit Zukunft, Sicherheit und Tradition | [ Seite 3 ]  |
| 97  | ➤ [B.] Zukunft der Arbeit und Arbeit mit Zukunft    | [ Seite 5 ]  |
| 98  | ➤ [C.] Bildung als Motor der Zukunft                | [ Seite 7 ]  |
| 99  | ➤ [D.] Zukunft für Heimat und Natur im Einklang     | [ Seite 9 ]  |
| 100 | ➤ [E.] Gesundheitsversorgung mit Zukunft            | [ Seite 11 ] |
| 101 | ➤ [F.] Energie und Verkehr in der Zukunft           | [ Seite 12 ] |

### 102 **[A.] Heimat mit Zukunft, Sicherheit und Tradition**

103 Eine zentrale Aufgabe der Landespolitik ist Gewährleistung von **funktionierenden und**  
 104 **bürgerfreundlichen Verwaltungsstrukturen**. In den vergangenen Jahren mussten  
 105 die Kommunen in diesem Zusammenhang belastende Reformen mit teilweise schwe-  
 106 ren Struktureinschnitte hinnehmen, die das kommunalpolitische Klima teilweise nicht  
 107 unerheblich beeinträchtigt haben. Etwaige Verwaltungsreformen mit Zwang gehören  
 108 daher nicht zur innenpolitischen Agenda der kommenden Jahre. Etwa eine **zwangs-**  
 109 **weise Gemeindereform** ist konsequent **abzulehnen**. Dies steht **freiwilligen Gemein-**  
 110 **defusionen** selbstverständlich nicht entgegen. Sie können im Einzelfall sehr sinnvoll  
 111 sein und sind vom Land aus einem **Verwaltungsmodernisierungsfonds** zu fördern.  
 112 Gleiches gilt für **Modernisierungsbestrebungen auf Ämterebene**.

113 Nach den schweren Einschnitten auf kommunaler Ebene ist es nunmehr an der Zeit,  
 114 dass endlich auch **Strukturanpassungen** auf der Ebene der **Landesregierung** erfol-  
 115 gen. Dabei gehört zu einem konsequenten **Bürokratieabbau** mit einem Aufbrechen  
 116 reformbedürftiger Verwaltungsstrukturen auch eine überfällige **Neuausrichtung und**  
 117 **Reduzierung der Anzahl der Ministerien**. [→ Zukunftsidee 1]. Statt vormals noch  
 118 acht Ministerin sollen fortan nur nachfolgende sechs Ministerin eingerichtet werden:

- 119 ➤ Ministerium für Inneres, Heimat und Verkehr
- 120 ➤ Ministerium für Justiz, Verbraucherschutz, Europa- und Bundesangelegenheiten
- 121 ➤ Ministerium für Finanzen und Bau
- 122 ➤ Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Tourismus und Digitale Agenda
- 123 ➤ Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Soziales
- 124 ➤ Ministerium für Energie, Landwirtschaft, Umwelt und Landesentwicklung

125 Auch die derzeit aufgeblähte **Staatskanzlei** ist dabei dahingehend zu entflechten,  
 126 dass etwaige Aufgaben dahin verschoben werden, wo sie vernünftigerweise zu lösen  
 127 sind. Dazu gehört es unter anderem, dass etwa das Wirtschaftsministerium wieder für  
 128 die Außenwirtschaft und für die Koordination des Fachkräftebündnisses zuständig ist.  
 129 Durch die mit der neuen Ministeriumsstruktur verbundenen Synergieeffekte werden  
 130 langfristig **Einsparpotentiale** freigelegt, die der **kommunalen Selbstverwaltung** zu-  
 131 gutekommen sollten. Die **Landesverwaltung** ist aber nicht nur organisatorisch zu ver-  
 132 schlanken, sondern insgesamt **bürgerfreundlicher** und **transparenter** zu gestalten.  
 133 Dazu gehört ein Ausbau der elektronischen Verwaltung („**E-Government**“), eine er-  
 134 höhte Bereitstellung offener Daten sowie auch ein funktionierendes **Beschwerde- und**  
 135 **Anregungsmanagement**. Das Innenministerium ist gehalten, den Ausbau der Trans-  
 136 parenz und Bürgerfreundlichkeit auch auf kommunaler Ebene zu begleiten.

137 Insgesamt benötigen die **Kommunen** die **finanzielle Unterstützung des Landes**. Es  
138 ist gut und richtig, dass das Land eine **solide Haushaltspolitik** nach den Maßgaben  
139 der Schuldenbremse pflegt. Falsch aber sind Ansätze, die versuchen, den Landes-  
140 haushalt auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Anstatt Probleme zu verschieben,  
141 muss **Haushaltsdisziplin** auf allen Ebenen herrschen. Dies kann unter anderem  
142 durch **kommunale Schuldenbremsen** gesichert werden [→ Zukunftsidee 10]. Für de-  
143 ren Einhaltung muss das Land die Kommunen allerdings mit auskömmlichen Mitteln  
144 unterstützen. Dabei muss sich für alle Beteiligten das Sparen etwa durch finanzielle  
145 Boni in Form von **Sparprämien** lohnen. Haushaltspolitische Eskapaden wie im Land-  
146 kreis Vorpommern-Greifswald sind allerdings unter keinen Umständen mehr akzeptab-  
147 el und müssen von der Landesregierung im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten  
148 mit Hochdruck auf sparunwillige oder -unfähige Verwaltungen abgewendet werden.

149 Wichtige Voraussetzungen einer hohen Lebensqualität sind **Sicherheit und Ordnung**.  
150 Deshalb ist es unerlässlich, in Zukunft beste Bedingungen für die Arbeit der **Polizei**,  
151 aber auch für die Einsatzkräfte der **Feuerwehr**, des **Katastrophenschutzes**, des  
152 **Technischen Hilfswerks** und des **Rettungsdienstes** zu gewährleisten. Dafür ist auch  
153 ein Stopp des Personalabbaus bei der Landespolizei zu wenig. Stattdessen müssen  
154 perspektivisch sogar wieder mehr **Neueinstellungen von Polizisten** erfolgen, damit  
155 in den Kommunen vor Ort einerseits wieder eine deutlich spürbarere **Polizeipräsenz**  
156 gewährleistet, und damit andererseits auch die **Grenzkriminalität** bewältigt werden  
157 kann [→ Zukunftsidee 9]. Zudem müssen **Ausrüstung und Schutz der Polizisten**  
158 verbessert werden. Der **Brand- und Katastrophenschutz** braucht ebenso – auch auf-  
159 grund des **ehrenamtlichen Engagements** – eine zuverlässige Prioritätensetzung in  
160 der Haushaltspolitik des Landes. Zudem ist die sicherheitspolitische Bedeutung der  
161 **Bundeswehr** anzuerkennen und auch den in Mecklenburg-Vorpommern stationierten  
162 Soldaten durch steten gesellschaftlichen Zuspruch für ihren Einsatz für Deutschland  
163 zu danken.

164 Eine funktionsfähige und leistungsstarke **Justiz** muss in **schnellen Verfahren** für  
165 **spürbare Rechtssicherheit** sorgen. Dazu gehören nicht nur zügige Verhandlungen,  
166 sondern auch eine **konsequente Vollstreckung**. Etwa im Bereich der **Strafrechts-**  
167 **pflege** darf es **keine Toleranz gegenüber Straftätern** geben. So trägt im Gegensatz  
168 zu allzu großer Nachsicht beispielsweise ein **strenger Strafvollzug** zum Sicherheits-  
169 gefühl der Bevölkerung bei. Bei allem muss auch in Zukunft der Grundsatz „**Opfer-**  
170 **schutz geht vor Täterschutz**“ gelten. Der beste Opferschutz ist allerdings schon die  
171 **Verhinderung von Straftaten**. Um diese zu befördern, müssen etwa **Kriminalitäts-**  
172 **präventionsprojekte** in der **Kinder- und Jugendarbeit** gestärkt werden. Ein Beispiel,  
173 auf dem dieser Ansatz aufbauen kann, sind etwa die Jugendrechtshäuser in Greifswald,  
174 Schwerin und Wismar.

175 Zur Sicherheit gehört auch ein stetes und konsequentes Eintreten gegen jede Form  
176 von **Extremismus**. Dies gilt im Bereich des politischen Extremismus für **Rechts- und**  
177 **Linksextremismus** gleichermaßen. So unterschiedlich sie sich in ihren Zielsetzungen  
178 sind, so ähnlich sind sich die Extremisten in ihrem Hass auf unsere Demokratie und  
179 die sie tragenden Werte. Deshalb muss eine **Extremismusklausel** sicherstellen, dass  
180 **keine öffentlichen Gelder** an Einrichtungen vergeben werden, die sich nicht offen zu  
181 unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen. Dabei muss sicherge-  
182 stellt werden, dass eine entsprechende Klausel auch allzu oft verharmloste Aktivitäten  
183 von Linksextremisten erfasst, die sich unter dem Deckmantel der Extremismusbe-  
184 kämpfung selbst außerhalb des demokratischen Spektrums bewegen.

185 Ein Eintreten für unsere Demokratie setzt auch ein aktives Entgegenwirken gegen die  
186 zunehmende **Politikverdrossenheit** voraus, die sich immer wieder in einer teilweise  
187 frappierend geringen **Wahlbeteiligung** ausdrückt. Zu diesem Zweck ist vor allem die  
188 **politische Bildung** und namentlich die **politische Jugendarbeit** zu stärken. Mit Blick  
189 etwa auf die **Direktwahl von Landräten und Oberbürgermeistern** lässt sich aller-  
190 dings schon die berechtigte Frage aufwerfen, ob dieses Instrument unter den realen  
191 Gegebenheiten noch ausreichend ist, um die demokratische Legitimation zu vermit-  
192 teln, die sich dessen Befürworter davon versprechen. Konsequenter und sinnvoller als  
193 eine Direktwahl ist eine – wie etwa in Schleswig-Holstein praktizierte – künftige **Wahl**  
194 **etwa der Landräte durch die kommunalen Vertretungskörperschaften**. Eine sol-  
195 che Reform trägt dazu bei, die fachlichen Anforderungen an dieses herausgehobene  
196 Verwaltungsführungsamt besser abzubilden und versachlicht deplatzierte Repräsen-  
197 tationserwartungen. Außerdem wird etwa den Kreistagsmitgliedern damit endlich auch  
198 die nötige Möglichkeit eröffnet, fachlich ungeeignete Landräte wieder abzuwählen.

199 Ein wesentlicher Wert für viele Bürger ist das Gefühl von **Heimat** und die Bewahrung  
200 von **regionaler Identität**. Um die dafür notwendige Heimatförderung zu stärken und  
201 zu institutionalisieren, soll das Innenministerium künftig **Heimatministerium** sein. Zur  
202 Berücksichtigung insbesondere auch vorpommerscher Interessen soll diesem ein  
203 **Staatssekretär für die Entwicklung ländlicher Räume und für Vorpommernfragen**  
204 zugeordnet werden, der einen auswärtigen Dienstsitz zum Beispiel in Anklam bezieht  
205 [→ Zukunftsidee 2]. Zur konkreten Bewahrung und Förderung der Heimattradition soll  
206 ein **Sofortmaßnahmenpaket** umgesetzt werden. Dieses soll unter anderem einen  
207 Ausbau von Angeboten zur **Förderung der Niederdeutschen Sprache** im Bereich  
208 der vorschulischen und schulischen Bildung ebenso wie im Bereich der Erwachsenen-  
209 bildung enthalten. Zudem sollen das **Pommernlied** und das **Mecklenburglied** an allen  
210 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern ebenso selbstverständlich erlernt und auch ge-  
211 sungen werden wie die Nationalhymne Deutschlands. Eine stete **Beflaggung** wird für  
212 öffentliche Gebäude zur Pflicht und ein **Kultursonderfonds** soll zur Förderung und  
213 zum Erhalt von **Schlössern, Heimatmuseen** und **Heimatstuben** beitragen. Zudem  
214 sollen zur Förderung regionaler Tradition überdies kleine **Kirchgemeinden** erhalten  
215 und unterstützt werden. All dies ist notwendig, da das **Heimatbewusstsein** gerade in  
216 einer globalisierten Welt ein wichtiges verbindendes Element darstellt.

## 217 **[B.] Zukunft der Arbeit und Arbeit mit Zukunft**

218 Die **wirtschaftliche Leistungsfähigkeit** Mecklenburg-Vorpommern ist die **Grundlage**  
219 für einen **stabilen Arbeitsmarkt**, für finanzierbare **soziale Sicherungssysteme** und  
220 für einen **soliden Landeshaushalt** [→ Zukunftsidee 10], und ist deshalb zentral für die  
221 Zukunftsfähigkeit des Landes.

222 Als **Rückgrat der Wirtschaft** und zugleich als **Ideen- und Impulsgeber** sichern der  
223 zumeist **familiengeführte Mittelstand** und das **Handwerk** zahlreiche Arbeitsplätze.  
224 Gerade diese mittelständischen Akteure müssen gestärkt und unbürokratisch unter-  
225 stützt werden. Dazu gehört unter anderem ein transparenter **Zugang zu Fördermaß-**  
226 **nahmen und Förderinstrumenten** auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

227 Eine funktionierende **Wirtschaftsförderung** muss dazu beitragen, dass in Mecklen-  
228 burg-Vorpommern eine höhere **Wertschöpfung** erzielt wird, da diese am Ende mehr  
229 Beschäftigung schafft und sich letztlich auch positiv auf das Einkommen der Arbeit-  
230 nehmer und Angestellten auswirkt. Dies kann unter anderem durch eine Stärkung der

231 **Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie** erreicht werden. Ein weiterer Schwer-  
232 punkt muss die **Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation** sein. Dazu  
233 benötigt Mecklenburg-Vorpommern unter anderem auch eine **Startup-Strategie**, um  
234 nicht den Anschluss an innovative Unternehmensgründungen zu verpassen. Dies  
235 muss mit entsprechenden **Verbundforschungsprojekten** an den Hochschulen des  
236 Landes begleitet werden. Generell ist eine weitere Öffnung der Wirtschaftsförderung  
237 hin zu einer **Gründungskultur** von Nöten. Dazu sollen gezielt auch kleine Unterneh-  
238 men und Ausgründungen aus Hochschulen in den Fokus genommen werden, die po-  
239 tentielle Marktnischen besetzen können. Gerade kleine Unternehmen und Existenz-  
240 gründer sind allerdings auch auf ein **ortsnahes Bankensystem** angewiesen, weshalb  
241 ein flächendeckendes Netz an Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken für die  
242 Landespolitik unverzichtbar sein muss. In der Wirtschaftspolitik des Landes müssen  
243 beide Landesteile gleichermaßen bedacht und regionale Unterschiede berücksichtigt  
244 werden. In gar keinem Fall dürfen **ländliche Entwicklungsräume** durch eine allzu  
245 **einseitige Zentrenpolitik** aufgegeben werden. Um ihnen stattdessen eine Anschluss-  
246 perspektive aufzuzeigen, muss ein **Fonds für die Entwicklung ländlicher Räume**  
247 aufgelegt werden, der eine Lösung struktureller Probleme etwa in **Vorpommern** adä-  
248 quat bewältigen kann [→ Zukunftsidee 2]. Im Hinblick auf strukturelle Probleme etwa  
249 in **Westmecklenburg** ist es Aufgabe der Wirtschaftsförderung, gemeinsam mit den  
250 dortigen Unternehmen – gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels – be-  
251 sondere Anreize insbesondere für eine **Pendlerrückgewinnung** zu schaffen.

252 Jedwede Diskussion über die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume muss  
253 auf einer Grundvoraussetzung aufbauen: Einer adäquaten **Digitalisierung** und **Inter-**  
254 **netversorgung**. In den Internetausbau muss so schnell wie möglich koordiniert inves-  
255 tiert werden, da in den letzten Jahren in diesem Bereich keine merklichen Fortschritte  
256 zu erkennen waren. Um dies zu ermöglichen muss das Wirtschaftsministerium zum  
257 **Ministerium für Digitale Agenda** mit einem **Digitalisierungsstaatssekretär** erwei-  
258 tert werden, der als „**Internetlose**“ fungiert, indem er den Breitbandausbau bedarfs-  
259 orientiert koordiniert und einen **Maßnahmenkatalog für Digitale Agenda** erarbeitet  
260 [→ Zukunftsidee 3]. Nur so kann der Wirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern  
261 global kommunikativ auf der Höhe des notwendigen internationalen Standards beste-  
262 hen und etwa für eine Startup-Kultur attraktiv werden.

263 Die **Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen** erschöpft sich allerdings nicht aus-  
264 schließlich in marktgerechten Produktions- und Dienstleistungsbedingungen, son-  
265 dern erfordert auch **attraktive Arbeitsbedingungen**. Dazu gehören auch gute **Löhne**.  
266 Unzweifelhaft klar ist, dass das **Lohnniveau** in Mecklenburg-Vorpommern weiter stei-  
267 gen muss. Dafür ist allerdings der **Markt und nicht der Staat** zuständig. In jedem Fall  
268 muss aber klar sein, dass ein Niedriglohniveau nicht als vermeintlicher Standortvorteil  
269 fehetikettiert werden darf. Neben dem Lohn gehört zu attraktiven Arbeitsbedingungen  
270 allerdings auch ein **familienfreundliches Arbeitsumfeld**. Auch aus diesem Grund  
271 muss das **Angebot an Kindertagesstätten** in Mecklenburg-Vorpommern weiter ver-  
272 bessert werden, wobei insbesondere auch **Betriebskitas** förderungswürdig sind.

273 Auch in Zukunft bietet der **Tourismus** für Mecklenburg-Vorpommern große Chancen.  
274 Insbesondere die als fruchtbar erwiesene Vernetzung des Tourismus mit der **Gesund-**  
275 **heitswirtschaft** muss in Zukunft intensiviert werden. Dazu soll das Wirtschaftsminis-  
276 terium eine innovative und koordinierte **Zukunftsstrategie „Gesundheitsland“** mit ei-  
277 nem entsprechenden Förderinstrumentarium erarbeiten. Ein wichtiges tourismuspoliti-  
278 sches Ziel bleibt zudem eine **Intensivierung saisonverlängernder Maßnahmen** und

279 eine **Verbesserung der touristischen Erschließung des Hinterlandes**. Dazu kann  
280 einerseits eine Stärkung des **Kulturtourismus** beitragen, die dadurch erreicht werden  
281 kann, dass bestehende kulturelle Angebote besser koordiniert und lenkend verknüpft  
282 werden. Andererseits muss aber auch der **Gesundheitstourismus** gestärkt werden,  
283 der außerhalb der Hauptsaison etwa in Binnenlandregionen wie dem Peenetal zwi-  
284 schen Demmin und Anklam hervorragend zur Geltung kommen kann. In jedem Fall  
285 muss aber für eine Erschließung des Binnenlandes vor allem der **Radwegeausbau**  
286 flächendeckend vorangetrieben, und zur besseren Nutzung der Radwege zudem das  
287 Projekt „**Mecklenburg-Vorpommern-Rad**“ umgesetzt werden [→ Zukunftsidee 7].  
288 Ein besonders wichtiges Radwegeprojekt ist dabei unter anderem der konsequente  
289 Ausbau des **Ostseeküstenradwegs**. Tourismuspolitisch allumspannend muss zudem  
290 ein noch klareres und **zielgruppenspezifischeres Landesmarketing** herausgearbei-  
291 tet werden, das noch intensiver die Werbemöglichkeiten etwa im Fernsehen, im Kino  
292 und vor allem auch im Internet nutzt. In diesem Zusammenhang ist unter anderem  
293 auch eine „**Mecklenburg-Vorpommern-App**“ zu entwickeln, die große touristische  
294 Werbe- und Synergieeffekte erzielen kann, wenn sie attraktiv ausgestaltet wird.

### 295 **[C.] Bildung als Motor der Zukunft**

296 Bildung ist eine unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft und erfor-  
297 dert eine hohe Verantwortung des Staates. Ihre **Grundlage** findet sie gemeinsam mit  
298 der Erziehung allerdings nicht zuerst in staatlichem Handeln, sondern in der **Familie**,  
299 wo das Fundament für das Erlernen von Sprache und von vielen sozialen Kompeten-  
300 zen gelegt wird. Wo dies nicht gelingt, ist staatliche Hilfe nötig, damit alle Kinder und  
301 Jugendlichen ihre Begabungen und Neigungen im Unterricht gleichermaßen voll ent-  
302 falten können. Die Notwendigkeit der Hilfe des Staates darf in der Bildungspolitik aber  
303 nicht in governantenhafte staatliche Bevormundung übergehen. **Chancengleichheit**  
304 bedeutet nämlich nicht die Notwendigkeit von **Gleichmacherei**.

305 Grundlage schulpolitischer Überlegungen muss stets das Ziel der Gewährleistung ei-  
306 ner **wohnortnahen Schulstruktur** – auch im ländlichen Raum – sein. Unabhängig  
307 konkreter Schulstandorte sind **Strukturveränderungen im Regelschulsystem** über-  
308 dies **nicht sinnvoll**. Dessen unbenommen ist festzustellen, dass die **Orientierungs-**  
309 **phase an der Regionalen Schule** als bildungspolitisches Experiment gescheitert ist.  
310 Dieses für die Schüler belastende Abenteuer muss sofort **beendet werden**. Stattdes-  
311 sen soll das **längere gemeinsame Lernen an der Grundschule** bis zur sechsten  
312 Klasse fortgeführt werden. Daran schließt sich dann entweder die Regionale Schule  
313 oder das Gymnasium an. Die **Regionale Schule** soll zuallererst die **Ausbildungsreife**  
314 der Schüler sowie den Übergang zur beruflichen Ausbildung und zum Fachgymnasium  
315 sichern. Dafür sind engere **Kooperationen mit der Wirtschaft** sowie mehr **Praxisbe-**  
316 **zug** des Schulunterrichts nötig. In jedem Fall muss es ein vorrangiges Ziel sein, die  
317 Zahl der **Schulabgänger ohne Abschluss** wieder deutlich zu reduzieren. Die zweite  
318 Zielrichtung der schulischen Ausbildung muss die **Studierfähigkeit** sein. Dabei ist das  
319 **Gymnasium ein Herzstück unseres Bildungssystems** und muss in seiner bewähr-  
320 ten Struktur erhalten bleiben. Zu dessen Schutz sind Konzepte wie die **Einheitsschule**  
321 oder auch eine **Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens bis zu zur achten**  
322 **Klasse strikt abzulehnen**. Gleichwohl sind allerdings behutsame Anpassungen wie  
323 eine weitere **Optimierung der Lernpläne** und ein entschlossenes Voranschreiten auf  
324 dem Weg in Richtung **bundesweit vergleichbares Abitur** sinnvoll.

325 Insgesamt muss in der Schulpolitik **Kontinuität statt Nervosität** herrschen. Nach wie  
326 vor muss es in der Schule deshalb etwa auch um das Erbringen von Leistungen gehen.  
327 Bildungspolitische Experimente wie ein **Aufweichen von Zensuren** oder auch eine  
328 **Versetzung trotz zu schwacher Leistungen** sind deshalb als falsch **abzulehnen**,  
329 wobei als Voraussetzung für Leistungsvergleiche gleichwohl **einheitliche Standards**  
330 nötig sind, die etwa durch zentrale Prüfungen und Vergleichsarbeiten gesichert werden  
331 müssen. Festzuhalten ist auch am **Religionsunterricht** in seiner jetzigen Form. Un-  
332 aufgeregtes Handeln ist ebenfalls bei der **Inklusion behinderter Schüler** angezeigt.  
333 Sie muss mit Augenmaß gestaltet werden und darf nicht dazu führen, dass eine indi-  
334 viduelle Förderung der einzelnen Schüler nicht mehr hinreichend möglich ist.

335 Ein Bekenntnis zur Kontinuität bedeutet jedoch keine Absage an **Innovationen**. So ist  
336 neueren Entwicklungen etwa dadurch Rechnung zu tragen, dass die **Digitalisierung**  
337 **in den Schulen** vorangetrieben wird. Zudem muss die **Medienkompetenz** unterrichts-  
338 übergreifend weiter gefördert werden. Weiterentwickelt werden muss auch das in den  
339 vergangenen Jahren bewährte Konzept der **Selbstständigen Schule**. Dies dahinge-  
340 hend, dass die Schulen endlich eine **Budget- und Personalhoheit** erhalten. Ab die-  
341 sem Zeitpunkt sollen sich die **Schulämter** auf die Fachberatung konzentrieren und die  
342 Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen organisieren und kontrollieren so-  
343 wie Hilfestellungen bei der Unterrichtsvertretung leisten. Der durch die Selbstständige  
344 Schule entstandene **Wettbewerb** ist zu begrüßen. In diesen sind auch **freie Schulen**  
345 einzubeziehen. Diese sind zu unterstützen und sollen langfristig mit einer Finanzierung  
346 ausgestattet werden, die derer staatlicher Schulen gleichwertig ist. Voraussetzung da-  
347 für ist aber auch eine bessere Vernetzung zwischen staatlichen und freien Schulen  
348 sowie eine **vergleichbare Unterrichtsqualität** sowie vergleichbare Schulrahmen-  
349 pläne, die durch die Schulämter zu kontrollieren sind.

350 Ein entscheidender Zukunftsmotor sind die **Hochschulen**. Diese benötigen zwingend  
351 eine **auskömmliche Finanzausstattung**, um Forschung und Lehre in hoher Qualität  
352 anbieten zu können. Für ein Hochschulstudium in Mecklenburg-Vorpommern sollen  
353 auch in Zukunft **keine Studiengebühren** erhoben werden. Die **verfasste Studieren-**  
354 **denschaft** gehört hingegen auf den Prüfstand. Da Gelder zu oft rechtswidrig verwen-  
355 det wurden und da allzu oft eine sinnwidrige Projekt- und Arbeitskultur gepflegt wird,  
356 ist die verfasste Studierendenschaft in ihrer jetzigen Form zugunsten einer **Stärkung**  
357 **der Fachschaften** aufzulösen. So ist sicherzustellen, dass die für die studentische  
358 Selbstverwaltung vorgesehenen Mittel auch direkt bei allen Studenten ankommen.

359 Wissenschaftliche Einrichtungen binden Studenten, Dozenten und Wissenschaftler an  
360 die jeweilige Region und leisten einen wichtigen Beitrag zur **Bekämpfung des Fach-**  
361 **kräftemangels**. Etwa die Beispiele Rostock und Greifswald zeigen gar, dass wissen-  
362 schaftliche Einrichtungen eine positive Bevölkerungsentwicklung fördern, eine Abwan-  
363 derung begabter Menschen verhindern und zugleich eine qualifizierte Zuwanderung  
364 bedingen. Als Maßnahme zur Fachkräftesicherung sind in diesem Umfeld umfangreich  
365 **Landeskinderklauseln für die Vergabe von Studien- und Referendarplätzen** ein-  
366 zuführen, um die Heimatliebe der Mecklenburger und Vorpommern sowie deren hö-  
367 here Bleibewahrscheinlichkeit gegen die Abwanderung zu nutzen [→ Zukunftsidee 6].

368 Eine Schlüsselaufgabe bei der Bewältigung des Fachkräftemangels kommt aber nicht  
369 nur dem akademischen Umfeld zu. So ist nämlich gerade auch die **berufliche Bildung**  
370 von herausragender Bedeutung für die Sicherung eines qualitativen hochwertigen  
371 Fachkräftenachwuchses. So hat sich die **duale Berufsausbildung** bewährt, die wei-  
372 terhin zu fördern ist. Dabei muss das Bildungsministerium konsequent dem **Mangel**



373 **an qualifizierten Berufsschullehrern** entgegenwirken und zudem konzeptionell den  
374 **Blockunterricht** stärken, um den großen Berufsschulentfernungen besser Rechnung  
375 zu tragen.

376 Unabkömmlich für eine umfassende Bildungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern  
377 sind neben den genannten Institutionen auch **Volkshochschulen, Weiterbildungseinrichtungen**  
378 in freier Trägerschaft und **Musikschulen**, die auch in Zukunft ohne  
379 Einschnitte vom Land unterstützt werden müssen.

### 380 **[D.] Zukunft für Heimat und Natur im Einklang**

381 Die **regionale Landwirtschaft** ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und hat zudem auch  
382 eine große Bedeutung für die kulturelle Identität unserer Heimat. Deshalb muss die  
383 Erhaltung ihrer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Zukunftsaufgabe blei-  
384 ben. Dabei ist ein besonderer Schwerpunkt auf die **Stärkung landwirtschaftlicher**  
385 **Familienbetriebe** zu legen.

386 Eine ebenfalls zentrale Aufgabe sind der **Schutz und die nachhaltige Nutzung der**  
387 **Natur**, die zum Erreichen von Generationengerechtigkeit und für die Bewahrung der  
388 Schöpfung unabkömmlich sind. Dazu kann die Landwirtschaft durch eine **effiziente**  
389 **Nutzung begrenzter Ressourcen** beitragen. Gerade deshalb ist es wichtig, unseren  
390 Landwirten einen guten Zugang zu und einen guten Austausch über effizienzstei-  
391 gernde Entwicklungen zu ermöglichen. Dazu kann etwa ein landesweites **Kompetenz-**  
392 **zentrum für nachhaltige Landwirtschaft** beitragen. Zudem sind die individuellen und  
393 teilweise innovativen Lösungskonzepte der zahlreichen Landwirte auf Betriebsebene  
394 in landwirtschaftspolitische Überlegungen einzubeziehen. Immerhin kann manche in-  
395 dividuelle Herangehensweise für die Gesamtheit fruchtbringender sein, als eine eine  
396 starre staatliche Regulierung. Zudem kann der Naturschutz aber auch durch Zukunfts-  
397 konzepte wie die **Agroforstwirtschaft** gefördert werden. Deren hohen Anfangsinves-  
398 titionen sollte das Land über ein Förderprogramm in sinnvollen Fällen kofinanzieren.

399 Besonders Streitbar ist der richtige Umgang mit ausgleichspflichtigen Eingriffen in die  
400 Natur. Nach dem umweltpolitischen Grundsatz „**Biosphäre mit Grenzen**“ muss aber  
401 klar sein: Ausgleichsmaßnahmen sind nicht gegen die überwiegenden Interessen der  
402 Bevölkerung durchzusetzen. So ist etwa die **Wiedervernässung von Flächen** als  
403 allzu oft propagiertes Allheilmittel abzulehnen, sobald Bürger und Landwirte dadurch  
404 in unzumutbarer Weise beeinträchtigt werden. Bei derartigen Vorhaben ist die Bevöl-  
405 kerung schon mit Beginn der Planungen umfassend und nachfolgend auch fortlaufend  
406 zu informieren. Zudem sind umwelthaftungsrechtliche Anpassungen zugunsten der  
407 Betroffenen sowie die Einrichtung eines staatlichen Entschädigungsfonds für unge-  
408 klärte Altfälle sowie für künftige Wiedervernässungsfolgeschäden nötig. Sinnvoller als  
409 die Wiedervernässung ist die **Errichtung einer landeseigenen Stiftung für Umwelt-**  
410 **und Naturschutz**, die einen Fonds für gesetzliche Ausgleichszahlungen für Naturein-  
411 griffe verwaltet, aus dessen Mitteln zweckgebundene Naturschutzmaßnahmen im be-  
412 troffenen Naturraum – wie etwa die Entsiegelung devastierter Flächen – durchgeführt  
413 werden können.

414 Der Natur- und Umweltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht  
415 einzelnen teilweise einseitig orientierten Interessengruppen überlassen werden. So ist  
416 die Landesregierung aufgefordert, unter anderem eine **Ausweitung des Verbands-**  
417 **klagerechts** – etwa auf anerkannte Tierschutzverbände – konsequent zu **verhindern**.

418 Obschon die Einbindung ökologischer Interessen in staatliche Entscheidungsverfahren zu einer Schärfung des Problembewusstseins der Behörden sowie zu einem sachgerechten Umgang mit den Belangen des Naturschutzes beigetragen hat, ist ein Missbrauch des Verbandsklagerechts durch „**Erpressungsversuche**“ von **Naturschutzvereinigungen** gegenüber potentiellen Investoren entschieden abzulehnen. Ein derartiges Gebaren ist ideologische Verhinderungspolitik und individuelle Bereicherung unter dem Deckmantel ökologischer Interessen. Zudem wird das Instrument des Verbandsklagerechts gerade mit Blick auf Tierschutzverbände eine Verbesserung und Modernisierungen von Tierhaltungssystemen im Ergebnis eher verhindern oder verzögern und zudem weitere investitionshemmende Popularklagen begünstigen.

428 Die ehrenamtliche Arbeit der **Jäger** fördert die Natur und insbesondere den Wald auf eine ökologisch sinnvolle Weise. Gerade deshalb sollte die Jagd Ausübung nicht noch weiter reglementiert werden. Es ist festzustellen, dass übermotiviert Maßnahmen des Artenschutzes in der Vergangenheit – man denke an Gänse, Kormorane oder Wölfe – bei Landwirten, Fischern und Förstern zu erheblichen Einschnitten geführt haben. Es ist nur konsequent, dass Schäden, die durch nicht dem Jagdrecht unterliegende Arten entstanden sind, vollständig von der Gemeinschaft getragen werden. Zudem müssen im Einzelfall aber auch regulierende **Eingriffe in Tierbestände** möglich sein.

436 Eine weitere Zukunftsaufgabe ist ein umsetzbarer und **realitätsnaher Tierschutz** in der Landwirtschaft. Klar ist dabei, dass einige Haltungssysteme und Managementstrategien dem Tierwohl schlechthin nicht gerecht werden. Oftmals bestehen dabei Zielkonflikte mit der Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Insbesondere die häufig nicht oder nur knapp kostendeckenden Erlöse der Fleischvermarktung wirken Tierschutzbestrebungen entgegen. Für die Lösung dieser Probleme geht allerdings ein großes Potenzial von den Landwirten selbst aus, weshalb die Erhaltung von Freiräumen für individuelle **Lösungen für mehr Tierwohl auf Betriebsebene** ein lohnenswerter Weg ist. Zudem ist zu bedenken, dass die geringen Erlöse für tierische Erzeugnisse nicht zuletzt auch aus dem **Kaufverhalten der Verbraucher** resultieren. Hier gilt es, statt staatlicher Bevormundung durch Aufklärung ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Tierwohl und kostengünstige Produktion meist nicht Hand in Hand gehen. Die öffentliche Diskussion um den Tierschutz muss jedoch nicht nur aufklärungsorientierter, sondern mit Blick etwa auf die emotionale Debatte um die **Größe von Tierbeständen** vor allem auch sachlicher geführt werden. So ist etwa eine wissenschaftlich nicht begründete Höchstgrenze für Tierbestände ebenso wie eine generalisierende Diffamierung von Nutztierhaltern konsequent abzulehnen, und stattdessen zu betonen, dass die Tieranzahl eines Betriebes nicht als alleinstehendes Beurteilungskriterium des Tierwohls betrachtet werden kann. Namentlich in der Tierhaltung **ökologische und konventionelle Landwirtschaft** voneinander profitieren, weshalb ein Austausch beider Ansätze nötig ist, um alle Potenziale ausschöpfen zu können.

457 Eine weitere Zukunftsherausforderung ist die **Nachwuchsgewinnung in den „grünen Berufen“**. Es muss besser kommuniziert werden, dass sich in diesem Aufgabenfeld gerade im Agrarland Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft attraktive und spannende Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum ergeben. Deshalb soll – orientiert an dem schon praktizierten Mädchenzukunftstag (*Girls' Day*), bei dem Mädchen an klassische Männerberufe herangeführt werden – für Schüler ein **Landwirtschaftszukunftstag (Farmers' Day)** landesweit eingeführt werden, in dessen Rahmen über die Attraktivität „grüner Berufe“ informiert wird. Dies kann auch einen wichtigen Betrag

465 gegen die zunehmende Entfremdung von Verbrauchern und Produzenten leisten. Wei-  
466 terhin müssen die aktuell vorgehaltenen **agrарischen Weiterbildungsangebote** etwa  
467 für Auszubildende bedarfsorientiert angepasst werden. Ebenso in den Blick zu neh-  
468 men ist die allgemeine **Umweltbildung** in den Bildungseinrichtungen des Landes. Zu  
469 deren Stärkung sind projektbezogene Initiativen wie etwa **Schulimkereien** an allge-  
470 meinbildenden Schulen, Berufsschulen und Hochschulen des Landes zu fördern.

#### 471 **[E.] Gesundheitsversorgung mit Zukunft**

472 Das Ziel einer zukunftsfähigen Gesundheitspolitik verpflichtet zu dem Vorhalten einer  
473 **flächendeckenden Versorgungsstruktur**, die einen lückenlosen Zugang zu ambu-  
474 lanten und stationären Einrichtungen ermöglicht. Zudem bedarf es einer **Stärkung der**  
475 **leistungserbringenden Akteure in Medizin und Pflege** in qualitativer wie ebenso in  
476 quantitativer Hinsicht.

477 Ein Element zum Erreichen dieser Ziele ist die weitere **Verbesserung der Ausbildung**  
478 **von Ärzten, Pflegefachkräften und in weiteren Gesundheitsberufen**. So benötigt  
479 insbesondere der Beruf der Alten- und Krankenpflege mehr Aufmerksamkeit und An-  
480 erkennung, damit sich die Gesundheitspolitik angesichts des sich dort abzeichnenden  
481 Personalbedarfs nicht sehenden Auges in einen **Pflegenotstand** manövriert. Dazu  
482 muss die junge Generation etwa mittels schulischer **Kooperationsprojekte** besser  
483 über medizinische und pflegerische Berufsfelder aufgeklärt werden.

484 Im Hinblick auf die Ausbildung von Ärzten hat sich unter anderem die **Verbundweiter-**  
485 **bildung in der Allgemeinmedizin** bewährt, wobei die Weiterbildungsverbände jedoch  
486 noch auszuweiten und die Rotationsstellen an allen Krankenhäusern des Landes aus-  
487 zubauen sind. Zudem muss die Finanzierung der Weiterbildung dahingehend auf eine  
488 verbesserte Grundlage gestellt werden, dass diese von einem **Weiterbildungsfonds**  
489 getragen wird, welcher sich zu gleichen Teilen aus Beiträgen des Sozialministeriums,  
490 der Krankenhäuser, der Deutschen Krankenhausgesellschaft sowie der Kassenärztli-  
491 chen Vereinigung zusammensetzt. Nur durch eine solche Maßnahme kann verhindert  
492 werden, dass sich ausbildende Krankenhäuser mittelfristig aus bestehenden Koope-  
493 rationsvereinbarungen zurückziehen. Weiterhin soll dieser Fonds ermöglichen, dass  
494 die **Assistenzarztzeit in der Niederlassung** künftig genauso vergütet wird wie eine  
495 entsprechende Assistenzarztstelle in der Klinik.

496 Die Sicherung der **Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum** ist besonders prob-  
497 lematisch. Um diese zu garantieren, muss ein **Maßnahmenpaket** [→ Zukunftsidee 5]  
498 auf den Weg gebracht werden. Ein Bestandteil dessen soll ein **Landarztstipendien-**  
499 **programm** des Sozialministeriums sein. Einerseits soll dieses Programm angehende  
500 Ärzte während ihres Studiums schon dann finanziell fördern, wenn sich diese zu einem  
501 praktischen Jahr im ländlichen Raum verpflichten, und ihnen andererseits ein umfang-  
502 reicheres Stipendium gewähren, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Abschluss des  
503 praktischen Jahres eine Praxis im ländlichen Raum zu übernehmen oder zu eröffnen.  
504 Zur **Finanzierung der Stipendien** ist in Anlehnung an das Konzept des Deutschland-  
505 stipendiums auch an eine **Beteiligung der Privatwirtschaft** zu denken. Finanzielle  
506 Anreizsysteme sind allerdings auch noch nach Abschluss der ärztlichen Ausbildung  
507 sinnvoll, weshalb etwa Ärzten, die sich in unterversorgten Gebieten in die Niederlas-  
508 sung begeben, in einem neuen **Programm „Praxisstart“** zinsgünstige Darlehen und  
509 Zuschüsse bei der Praxiseinrichtung gewährt werden sollten, wenn sich diese dazu  
510 verpflichten, in der entsprechenden Region für mindestens fünf Jahre eine Praxis zu  
511 betreiben.

512 Als weiteres Element des Maßnahmenpakets soll ein **Krankenhausstabilisierungsfonds**  
513 eingerichtet werden, der eine **Krankenhausmindestversorgung** im Bereich  
514 der Grund- und Regelversorgung im ländlichen Raum auch in Notlagen mit langfristi-  
515 ger Planungssicherheit in Abhängigkeit von transparenten Kriterien absichert. Zudem  
516 soll zur Förderung der regionalen Gesundheitsinfrastruktur gerade im ländlichen Raum  
517 die **Bildung von lokalen Gesundheitsnetzwerken** befördert werden. Diese können  
518 beispielsweise besonders dann nutzbar gemacht werden, wenn in Orientierung an  
519 dem Projekt „Netzwerk Multipler Häuser am Stettiner Haff“ in ländlichen Regionen ver-  
520 mehrt kommunale Liegenschaften zu **Multifunktionshäusern** umgebaut werden, de-  
521 deren flexible Räumlichkeiten periodisch wechselnd nicht nur für Dienstleistungen des  
522 täglichen Bedarfs, sondern eben auch als Arztpraxis, Schwesternzimmer oder Pflege-  
523 stützpunkt genutzt werden können. Zu berücksichtigen sind dabei etwa auch die noch  
524 weiter zu erforschenden Möglichkeiten der **Telemedizin**.

## 525 [E.] Energie und Verkehr in der Zukunft

526 In der Zukunft werden zur Bewältigung energie- und verkehrspolitischer Herausforde-  
527 rungen neue Antworten von Nöten sein. Beiden Problemfeldern muss dabei jedoch ein  
528 Grundsatz gemeinsam sein: **Innovation statt Zukunftsangst**.

529 Eine Innovationstriebfeder kann etwa die Ausgestaltung der **Autobahn 20** als **Modell-**  
530 **region für autonomes Fahren** sein [→ Zukunftsidee 4].

531 Ebenso wie das Zukunftsfeld des autonomen Fahrens soll in Zukunft mit besonderen  
532 **Verbundforschungsschwerpunkten** an unseren Hochschulen auch die **Energie-**  
533 **technik** besonders konsequent gefördert werden. Dazu gehört neben den Schwer-  
534 punkten der **Erneuerbaren Energien** und der **Energiespeicherung** auch der Bereich  
535 der **Kerntechnik**. Damit verbindet sich eine konsequente Unterstützung der Kernfusi-  
536 onsforschung im Rahmen des Greifswalder Fusionsexperiments **Wendelstein 7-X**.

537 Um auf dem Weg zum **Energieland Mecklenburg-Vorpommern** fortzuschreiten, sind  
538 allerdings nicht nur gute Forschungsrahmenbedingung, sondern auch starke Energie-  
539 standorte von Nöten. Dazu muss die Landesregierung etwa den **Standort Lubmin**  
540 dadurch stärken, dass die Suche nach einem **Investor für ein Gaskraftwerk** wieder-  
541 aufgenommen wird. Zudem muss die Landesregierung auch die Untersuchungen im  
542 Bereich der **Öl- und Gasförderung in Vorpommern** unterstützen. Etwa im Bereich  
543 der **Windkraft** ist zu bedenken, dass allzu laute Rufe nach Bürgerbeteiligung kein All-  
544 heilmittel für Herausforderungen darstellen, sondern bisweilen auch zu einer überhöhten  
545 Polarisierung von Diskussionen beitragen können. So richtig die **Beteiligung von**  
546 **Bürgern und Kommunen an der Energiewende** auch ist, so sehr muss sie aber auch  
547 mit Augenmaß begleitet werden, um nicht zu einer unnötigen Innovationsbremse zu  
548 mutieren. Denn zur Wahrheit der Diskussion gehört es, dass private Windkraftunter-  
549 nehmungen auch nicht unwesentlich zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

550 Gerade angesichts des demographischen Wandels ist die **Mobilität** eine weitere zent-  
551 rale Zukunftsherausforderung. Zu deren Sicherung ist die Erarbeitung von innovativen  
552 Mobilitätskonzepten unerlässlich. Dazu zählen etwa **bedarfsflexible regionale Nah-**  
553 **verkehrspläne** sowie alternative Betriebsformen wie etwa **Car-Sharing-Angebote**.  
554 Entscheidend für alle diesbezüglichen Überlegungen muss die Fähigkeit sein, künftig  
555 flexible Reaktion auf schwankende Nachfragen – etwa durch die Verbindung mit dem  
556 Computer oder dem Telefon – zu erfassen. Immerhin sind die Smartphone-Nutzer von  
557 heute auch die Rentner von morgen. Weitere **Mobilitätsmaßnahmen** sind etwa für die

558 jüngere Generation das **Begleitende Fahren ab 16 Jahren** [→ Zukunftsidee 8] sowie  
559 mit einem touristischen Hintergrund auch ein voranzutreibender **Radewegeausbau**  
560 mitsamt dem Projekt „**Mecklenburg-Vorpommern-Rad**“ [→ Zukunftsidee 7]. Bei allen  
561 Mobilitätsinnovationen muss aber ein Individualverkehrsgrundsatz unangetastet blei-  
562 ben: „**Freie Fahrt für freie Bürger**“. Damit sind etwaige Bestrebungen zur Einführung  
563 einer generellen **Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h** innerhalb geschlosse-  
564 ner Ortschaften strikt **abzulehnen**.

565 Wichtig für die Zukunft der **Verkehrsinfrastruktur** ist es, dass endlich wieder zukunfts-  
566 gerichtete und **baureife Projekte** vorliegen. Es ist nicht hinnehmbar, dass in Zukunft  
567 wertvolle Bundesmittel wegen fehlender landespolitischer Weitsicht in der Verkehrs-  
568 politik verloren gehen. Zahlreiche Infrastrukturvorhaben wie die zügige Fertigstellung  
569 der **Autobahn 14**, der Ausbau der **Bundesstraße 96 bis Neubrandenburg** oder auch  
570 ein dringend nötiger **Zubringer zur Sonneninsel Usedom** dulden keinen weiteren  
571 Aufschub.